

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: durch unsere Seiten  
frei im Ganzen monatlich 50.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und die Anzeiger-Vertriebsstellen  
entgegen. — Erscheint wöchentlich  
ausser an Feiertagen Nr. 53.  
Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Anzeigerpreise  
bestimmen sich nach dem Raum und  
Lage. 5.00 Mark, 10.00 Mark, 15.00 Mark,  
20.00 Mark, 25.00 Mark, 30.00 Mark,  
35.00 Mark, 40.00 Mark, 45.00 Mark,  
50.00 Mark, 55.00 Mark, 60.00 Mark,  
65.00 Mark, 70.00 Mark, 75.00 Mark,  
80.00 Mark, 85.00 Mark, 90.00 Mark,  
95.00 Mark, 100.00 Mark.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 154

Mittwoch, den 5. Juli 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Bei den gestrigen Kundgebungen kam es mancherorts zu Zusammenstößen, zu sehr schweren z. B. in Bismarck, wo man von 15 Toten und 40 Verletzten spricht.

In Berlin lagen wieder Gerüchte von einer Auslösung der Monarchie in Bayern vor. Au amtlicher Stelle wird festgestellt, daß diese Gerüchte auf Erfindungen beruhen. In München herrscht Ruhe.

Der Berliner Vertreter des Daily Telegraph teilt mit, daß die Garantiekommision mit der deutschen Regierung in allen Fragen, die sich mit den Garantien gegen die Kapitalflucht befassen, eine Verständigung erzielt habe.

Nach dem jetzt veröffentlichten französisch-tschechischen Geheimvertrag übernimmt eine französische Militärmission auf 10 Jahre die gesamte Leitung der tschechoslowakischen Wehrmacht.

### Vor schweren Entscheidungen.

(Informationen unseres parlamentarischen Mitarbeiters.)

Die innerpolitische Lage war auch am gestrigen Dienstag andauernd gespannt. Für die Reichshauptstadt wurde die Spannung noch erheblich gesteigert durch das Nichterscheinen der gesamten Berliner Presse. Tolle Gerüchte wurden immer aufs neue aufgebracht und verbreitet. In Bayern soll die Monarchie ausgerufen, in Mannheim das Gewerkschaftshaus in die Luft gesprengt, in Berlin der Reichswehrminister Gehler zurückgetreten sein. In ernsthaften politischen Kreisen begehrten alle diese Gerüchte von vornherein in einem gesunden Mißtrauen. Immerhin gab man sich über den Ernst der augenblicklichen Lage keiner Täuschung hin. Zwar sah man dem Verlauf der sozialistischen Streikdemonstrationen zum Schutze der Republik von vornherein insofern vertrauensvoll entgegen, als greßliche Ausschreitungen angesichts der getroffenen Vorkehrungsregeln der Veranstalter und der Polizei nicht befürchtet wurden. Trotzdem wurde diese leere, zwecklose Demonstration in allen nichtsozialistischen Kreisen stark verurteilt. Wie wenig sie positiv zur Sicherung und Stärkung der Republik beiträgt, erlebte man an einem kleinen, aber sehr bezeichnenden Vorgang. Zur Stunde des Beginns trat der Betriebsrat der Reichsdruckerei schleunigst zusammen, um Beschluß darüber zu fassen, ob man sich an der Demonstration bündlich und programmäßig beteiligen oder vorher nach den Druck des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik fertigstellen sollte, damit er rechtzeitig am Dienstagabend im Reichstag mitgeteilt und am Mittwoch zur Beratung gestellt werden könnte!

Mit großer Spannung sieht man dem Ergebnis der Verhandlungen über den Eintritt der U.S.P.D. in die Regierung entgegen. Es ist klar, daß dieser Eintritt, wenn er zur Tatsache werden sollte, auf die weitere innenpolitische und außenpolitische Entwicklung Deutschlands von größter Bedeutung sein müßte. Einmal liegt der Abschluß dieser Verhandlungen aber noch nicht greifbar vor. Man weiß nur, daß zwischen den Mehrheitssozialdemokraten, den Unabhängigen und den Gewerkschaften sozialistischer Richtung die Einzelheiten einer Einigung lebhaft und ernstlich besprochen werden. Die Sache wird erst spruchreif, wenn man die Bedingungen kennt, auf die sich diese drei Vorkämpfer geeinigt haben sollten. Die Mehrheitssozialdemokraten haben ja bekanntlich den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition an eine ganze Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Man kann nicht annehmen, daß sie jetzt den Eintritt der U.S.P.D. in die Regierung bedingungslos zugestehen würden. Aber selbst wenn auf der linken Seite Einigkeit erzielt würde, müßten erst die Verhandlungen mit den nichtsozialistischen Regierungsparteien beginnen. Diese können vorher naturgemäß überhaupt keine Stellung zu der hochpolitischen Frage nehmen. Die Demokraten insbesondere haben alle Ursache, als kleinste der Regierungsparteien Zurückhaltung zu üben. Zuerst wird also das Zentrum vor die Entscheidung gestellt werden. Daneben dürfte aber auch die Deutsche Volkspartei, ausgefordert oder unausgefordert, alle Ursache haben, sich bei der Gelegenheit wieder einmal klar zu machen ob sie bei einer so erheblichen Verstärkung der Linken, wie es die Einbeziehung der U.S.P.D. in die Regierungskoalition bedeuten würde, in ihrer bisherigen Politik der Halbheiten beharren kann. Das vaterländi-

sche Interesse und der von der Deutschen Volkspartei vertretene Wähler erfordert gleichmäßig die ernste Prüfung der Frage, ob die einseitige Verstärkung der Linken durch die U.S.P.D. mit verstärkter Abneigung gegen einen Wiedereintritt der Volkspartei beantwortet werden kann.

Natürlich hängt mit diesen Entscheidungen die Ausgestaltung und das Schicksal des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik aufs engste zusammen. Schon die Tatsache, daß die Abstimmung über diesen Gesetzentwurf eine Zweidrittel-Mehrheit erfordert, beweist rein äußerlich diesen Zusammenhang. Auch hier kommt man also vorläufig nicht schnell vorwärts. Um so weniger, als der lebhafteste Widerspruch Bayerns und einer nicht unbeträchtlichen Zahl von preussischen Provinzvertretern im Reichsrat gegen das Besetz große Schwierigkeiten für seine endgültige Verabschiedung voraussehen läßt. Die Stellungnahme der Demokraten zu dem Gesetzentwurf ist aus den verschiedensten Erklärungen der Parteileitung, der Fraktion und der berufenen demokratischen Organisationen im Lande gegeben: Alles für den Schutz und die Sicherung der Republik! Aber keine Republik der Linken, sondern der gesamten Volks! Und deshalb kein Gesetz, das sich einseitig nur gegen rechts oder nur gegen links richtet, sondern das gleichmäßig jede Bedrohung der Republik, woher sie auch immer komme, unter Strafe stellt. Das entspricht nicht nur demokratischer Auffassung, sondern auch den primitivsten Rechtsgrundsätzen. Daß im übrigen das Gesetz mit größter Sorgfalt in allen Einzelheiten ausgearbeitet werden muß, und daß eine zeitliche Begrenzung eines solchen Gesetzes, wie sie auch im Reichsrat beschlossen worden ist, wünschenswert ist, erscheint selbstverständlich. Aus alledem ergibt sich, daß die nächsten Tage noch voll angefüllt sein werden mit parteipolitischen und interfraktionellen Besprechungen und mit eingehenden Ausschußverhandlungen über das Schutzesetz. Man kann nur wünschen, daß diese Verhandlungen in demokratischem Geiste geführt werden, damit sie ihrem Zweck Ehre machen und zu dem Ziel führen, das die republikanisch gestimmte Mehrheit des deutschen Volkes für notwendig und unerlässlich hält.

### Französische Uebergriffe in Oberschlesien.

#### Wilde Schiebereien der abfahrenden Truppen.

Wie bereits gemeldet, entstand am Sonntagabend im Gleiwitzer Stadtteil Peiersdorf eine Schieberei. Die abfahrenden Franzosen gaben Feuer aus Gewehren und Maschinengewehren. Dabei wurden ein Lokomotivführer, ein Schloffer und ein Arbeiter schwer verletzt, sowie ein Arbeiter getötet. Ein Trauerzug wurde von Franzosen beschossen, wobei der Leichenwagen und der Sarg schwer beschädigt wurden. Aus der Straße Laband wurden zwei Schaffner tot aufgefunden. Sie waren von Franzosen erschossen und aus dem Zuge geworfen worden. Während der Sonntag im allgemeinen ruhig verlaufen ist, kam es am Abend des Montag an der Verladerrampe beim Abzug der Franzosen im Stadtteil Peiersdorf zu einigen Schiebereien der Franzosen, bei denen einzelne Personen verletzt wurden. Der über Gleiwitz verhängte Belagerungszustand und die Zensur werden nicht mehr aufrechterhalten.

### Flaggenwechsel in Beuthen und Gleiwitz.

Montag vormittag 10 Uhr holten die Engländer die drei Fahnen der Alliierten nieder, wobei eine englische Kompanie präsentierte. Darauf wurde die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gehißt. Auch hierbei präsentierten die Engländer, während die ausländischen Offiziere die Ehrenbezeugung erwiesen. Die nach vielen Tausenden zählende Menge brach in begeisterte Hochrufe aus. Oberbürgermeister Dr. Sieghart richtete an die Bevölkerung eine kurze Ansprache, die in ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausklang. Nach dem Gesang des Liedes: Deutschland, Deutschland über alles — grüßte der Vertreter des Landkreises Beuthen die Fahne und brachte ein dreifaches Hoch auf die oberschlesische Heimat und das deutsche Vaterland aus. Nach der Feier verließen die Vertreter der Interalliierten Kommission und der Rest der englischen Besatzungstruppen die Stadt. Die Bevölkerung ist in gehobener Stimmung. Die Häuser tragen reichen Flaggen Schmuck. In Gleiwitz fand der Flaggenwechsel in schlichter Weise statt. Interalliierte Truppen waren nicht aufgeboten. An der Feier nahmen nur Vertreter der sächsischen Behörden und Mitglieder der Interalliierten Kommission teil. Die letzten Besatzungstruppen verließen nach der Übergabe die Stadt. Unter der Bevölkerung herrscht Jubel.

### Verbotene Verbände und Zeitungen.

Der preussische Minister des Innern hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik den Bund der Aufrechten mit allen seinen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen aufgelöst, ebenso sämtliche in Preußen bestehenden Gruppen des Deutschchristlichen Schutzbund und Trugbundes, Sitz Hamburg. Ebenfalls aufgelöst wurde für den Bereich der Provinz Niederschlesien der Deutschchristliche Schutzbund und Trugbund, ferner dessen Jugendgruppe, die Deutschsozialistische Partei mit allen Untergruppen, und der Hochschulring deutscher Art. Die Auflösung des Hochschulringes erfolgte auf Grund polizeilicher Ermittlungen, die ergaben, daß er zur Teilnahme an militärischen Geheimorganisationen aufforderte. Der Auflösung verfielen ferner im Bereich der Provinz Sachsen die Organisationen Stahlhelm und Bund der Frontsoldaten. — Gegen Polizeirat Meng in Mannheim, der beschuldigt wird, im Dienste der Reichsflagge als Judenschneise bezeichnet zu haben, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Wegen ist inzwischen des Dienstes entlassen. Ferner wurden drei Studenten wegen ihres Verhaltens am Tage der Ermordung Rathenaus verhaftet.

Der Kreisanzeiger in Gardelegen ist vom 4. bis 24. Juli verboten worden, desgleichen die Mitteldeutsche Presse in Stuttgart. Die Ausgabe der Frankfurter Nachrichten vom 1. Juli ist wegen eines Artikels mit der Ueberschrift: Darmstädter Vorgänge — verboten worden. Die Hamburger Warte ist auf sechs Monate verboten worden; sie hat dagegen Beschwerde eingereicht.

### Große politische Debatte im sächsischen Landtag.

Der gestrigen Sitzung, die vor allen Dingen der Besprechung der Regierungserklärung galt, wohnte auch der aus dem Urlaub zurückgekehrte Ministerpräsident Buch bei. Präsident Frickhoff schlug vor, mit der Regierungserklärung zugleich auch die Anfrage der Deutschnationalen und der Volkspartei wegen der Terrorakte in der Lausitz sowie einige kommunistische Anfragen zu behandeln. Weiter teilte er mit, daß wegen der Demonstrationen die Landtagssitzung von 2 bis 4 Uhr ausgesetzt werden solle. Abg. Wirth (Soz.) gab darauf namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie mit der Erklärung und den Maßnahmen der sächsischen und Reichsregierung einverstanden sei. Diese Maßnahmen dürften aber nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern sie müßten auch durchgeführt werden. Abg. Heutler (Kathol.) Seine Partei beurteilte den Rathenau-Mord ohne jeden Vorbehalt. Es könne aber nicht scharf genug beurteilt werden, daß man die Mordtat heute zu einer Hege gegen alle benutze, das sich national nennt. Zur Erklärung des Ministers Dipinski stellt der Redner fest, daß Beweise für die in der Erklärung aufgestellten Behauptungen nicht erbracht seien. Abg. Dr. Reichhammer (D. Sp.) verurteilte den Mord an Rathenau nicht nur aus politischen, sondern aus sittlichen und religiösen Gründen. Seine Partei sei bereit, mitzuarbeiten, solche Untaten für die Zukunft unmöglich zu machen. Aber die Niederhaltung der politischen Bewegungsfreiheit müßte sie verwerfen, ebenso die Unterdrückung der Presse. Die Demonstrationen und ihre Ausschreitungen müßten entschieden verurteilt werden. Die kommunistischen Anträge lehnte seine Partei ab.

### Ministerpräsident Buch

bezeichnete die Maßnahmen der Regierung als eine Staatsnotwendigkeit. Die Rede Heutlers habe bei kleinen Leuten die Ueberzeugung geweckt, daß einzelne Personen in der Regierung Schuld an unserem Elend tragen. Der Ministerpräsident sprach dann über die Folgen des Krieges und erklärte, daß es den Organisationen, die die Demonstrationen arrangieren, zu danken sei, daß sie diese in so ruhigen Formen gehalten haben, gegenüber den Leuten von rechts sei die Regierung zu nachsichtig gewesen, weil sie habe moralische Ermahnungen machen wollen. Wir müßten der Welt zeigen, daß wir das triebliebende deutsche Volk sind, dann würden auch einmal die Reparationen vermindert werden.

Abg. Müller (Unabh.) erklärte, daß die Maßnahmen der Regierung seiner Partei nicht weit genug gingen. — Hierauf wurde die Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung sprach Abg. Sieberis (Kom.). Er behauptet, daß nicht nur der Mord an Rathenau, sondern auch die Morde an